

Kreistagsfraktionen Oberbergischer Kreis
Bündnis 90/Die GRÜNEN SPD



Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN - Kölner Straße 296 - 51645 Gummersbach
SPD-Kreistagsfraktion Oberbergischer Kreis - Kölner Straße 265 - 51645 Gummersbach



An den
Landrat des Oberbergischen Kreises
Herrn Hagen Jobi
Kreishaus – Moltkestraße 42
51643 Gummersbach

6.3.2009

Antrag zur Kreistagssitzung am 12.März 2009

Sehr geehrter Landrat,
hiermit beantragen die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die
SPD-Kreistagsfraktion in der oben genannten Sitzung folgende Resolution zu verab-
schieden:

Der Kreistag des Oberbergischen Kreises fordert die Landesregierung auf, den Termin
der Kommunalwahl 2009 mit dem Termin für die Bundestagswahl am 27. September
zusammenzulegen.

Begründung:

Das Landesverfassungsgericht hat mit Richterspruch vom 18.02.2009 das Vorhaben
der Landesregierung NRW, die Kommunalwahl vorzuziehen und am 07.06.2009 mit
der Europawahl durchzuführen, für verfassungswidrig erklärt. Da der neu gewählte
Rat erst am 21. Oktober zusammentreten werde, sei das viereinhalb monatige
Nebeneinander von gewählten und abgewählten Räten als Verstoß gegen die
Volksouveränität zu werten. Der Präsident des Verfassungsgerichtes, Michael
Bertrams, bezeichnete das entsprechende Gesetz insoweit als „mit demokratischen
Grundsätzen (...) unvereinbar und nichtig“.

Daraufhin nannte Innenminister Wolf in einer Presseerklärung den 30. August 2009
als neuen Termin für die Kommunalwahl. Dieser Termin liegt vier Wochen vor der
Bundestagswahl am 27. September 2009 und zwei Wochen nach den Schulferien.

Aus Sicht einer Kommune bringt der geplante Wahltermin erhebliche
organisatorische und finanzielle Belastungen mit sich. So würden die Wählerinnen
und Wähler am 7. Juni, am 30. August und am 27. September innerhalb von drei
Monaten für drei Wahlen an die Urnen gerufen.
Zentrale Argumente der Landesregierung für die Durchführung der Kommunalwahlen
am Tag der Europawahl waren die Bündelung von Wahlen, die Reduzierung von
Kosten und die Erhöhung der Wahlbeteiligung. Diese Ziele werden durch die nun
beabsichtigte getrennte Durchführung von Kommunal- und Bundestagswahl
erkennbar nicht erreicht.

Derartig viele und kurz hintereinander liegende Wahltermine könnten etliche Wahlberechtigte von einer Wahlbeteiligung abhalten und so negative Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung haben. Zudem bleibt den ehrenamtlich politisch Aktiven mit zwei Wochen nach Ende der Sommerferien in NRW wenig Möglichkeit, in angemessenem Umfang für sich und ihre politischen Positionen zu werben. Der Gemeindeverwaltung wird es sehr schwer fallen, die ehrenamtlichen Wahlhelferinnen und Wahlhelfer in so kurzer Abfolge wieder zu aktivieren.

Für die Gemeinde Engelskirchen ist die Durchführung der Kommunalwahl an einem separaten Termin mit erheblichen Zusatzkosten verbunden. Angesichts der immer weiter eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten in unserer Gemeinde ist diese überflüssige Ausgabe den BürgerInnen schwer vermittelbar, zumal diese Kosten leicht zu vermeiden wären.

Das Ziel, Kommunalwahlen und Europawahlen auf einem verfassungsgemäßen Weg ab 2014 zusammenzuführen, kann durch eine Verkürzung der nächsten Wahlperiode um drei Monate erreicht werden, indem eine solche Verkürzung vor dem Beginn der nächsten Wahlperiode vom Gesetzgeber beschlossen wird.

Aus vorgenannten Gründen kann es nur eine sinnvolle Entscheidung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und der Kommunen geben: ein gemeinsamer Termin für die Kommunalwahl und für die Bundestagswahl am 27. September 2009.

Wir fordern die Landesregierung auf, im Sinne einer hohen Wahlbeteiligung, einer Bündelung der Urnengänge und zur Vermeidung zusätzlich entstehender Kosten diesen Wahltermin für die Kommunalwahl 2009 festzulegen.

Weitere Erläuterungen erfolgen in der Sitzung.



Helmut Schäfer, Fraktionssprecher Bündnis 90/Die GRÜNEN

gez. Ralf Wurth, SPD-Fraktionsvorsitzender